



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

**„Reichsbürgerbewegung“ entschlossen entgegen-treten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Handlungskonzept gegen die „Reichsbürgerbewegung“ zu entwickeln, das insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

- Verstärkte Aus- und Fortbildung insbesondere der Beschäftigten der Polizei, Justiz, der Finanzbehörden und anderer staatlicher und kommunaler Verwaltungen im Umgang mit Anhängern der „Reichsbürgerbewegung“ unter Einbeziehung der Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbände und der Kommunalen Spitzenverbände;
- Überprüfung der Sicherstellung von Waffen bei Waffenbesitzern seit 2006, ob die Waffenbesitzer der „Reichsbürgerbewegung“ zuzurechnen sind oder mit ihr in Verbindung stehen;
- verstärkte Einbindung von Kompetenzen und Kenntnissen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in das staatliche Vorgehen gegen die „Reichsbürgerbewegung“;
- Erfassung von Straftaten von „Reichsbürgern“ in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).

### Begründung:

Nach einem Angriff mit Schusswaffen auf bayerische Polizeibeamte durch einen Anhänger der Reichsbürgerideologie in Georgensgmünd, bei dem ein Beamter getötet und mindestens drei weitere verletzt wurden, ist dringend Handlungsbedarf geboten. Das Frühwarnsystem muss überarbeitet werden, um den Entwicklungen gerecht zu werden.

Wissenschaft und Zivilgesellschaft warnen schon seit langem vor den Gefahren der Reichsbürgerideologie und weisen auch auf mögliche Gewaltbereitschaft der Anhänger dieser Ideologie hin. Bei der Beurteilung von radikalen Gruppierungen und deren Gefährdungspotenzialen durch die Staatsregierung müssen daher in Zukunft verstärkt Erkenntnisse und Kompetenzen aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft eingebunden werden.